

Aktuelle Post aus dem Kreistag (33)



28. Februar 2016

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Dies ist die vorerst letzte „Aktuelle Post aus dem Kreistag“. Die Wahlperiode ist zu Ende. Die letzte Kreistagssitzung war am 24. Februar 2016.

Wir bedanken uns am Ende der Wahlperiode für Anregungen und Kritik, die uns erreichten. Wir versprechen schon mal: Sollten wir am 6. März 2016 wieder als Fraktion in den Kreistag gewählt werden, streiten wir weiterhin als eine aktive Opposition für soziale und ökologische Themen!

Wir hoffen natürlich, dass wir von den Lesern der Post dabei Unterstützung finden!

Das sind die heutigen Themen:

1. Antrag DIE LINKE. - Aufbau einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft
2. Haushaltsdebatte zum Haushalt 2016 und Investitionsplan
3. NPD und hoffentlich ein Ende nach der Wahl...
4. Anfragen
5. Podiumsdiskussionen zur Kommunalwahl
6. DIE LINKE Kreistagsfraktion unterstützt die Petition für ein kostenfreies Schülerticket in Hessen – Wer es noch nicht getan hat: bitte jetzt noch unterzeichnen! - Mehr als 10 000 Unterschriften wurden gesammelt und es dürfen ruhig noch mehr werden! - Übergabe ist am 1. März

Antrag DIE LINKE: Aufbau einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft

Im September beantragte DIE LINKE den Kreisausschuss dazu auf, zu prüfen, wie eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft als Eigenbetrieb des Wetteraukreises aufgebaut werden kann.

Weiterhin sollte geprüft werden: Wie eine Anschubfinanzierung sicher gestellt werden kann und wie sich die Kommunen an diesem Eigenbetrieb beteiligen können. Zur Finanzierung schlugen wir vor, die 8 Millionen zu verwenden, die das Land für ein Kommunales Investitionsprogramm an den Wetteraukreis auszahlt, außerdem an die Sparkasse Oberhessen heranzutreten, damit diese endlich eine Gewinnabführung an den Kreis beschließt (was nicht so schwer ist, weil im Aufsichtsrat Kreispolitiker sitzen).

Dieser Prüfantrag wurde angenommen. Es wurde beschlossen, dass der Bericht in der letzten Kreistagsitzung der Wahlperiode erfolgen sollte.

Dies ist am 24. Februar 2016 auch geschehen.

Der Landrat berichtete, dass mit dem Landkreis Gießen Kontakt aufgenommen wurde. Dort finden gerade Aktivitäten statt, um einen Zweckverband für den Wohnungsbau aufzubauen.

Außerdem wurde das Thema zwei Mal auf den Bürgermeisterdienstversammlung erörtert. Hier ging es auch um die Geschäftsform der Gesellschaft und es wurde überlegt, dass die neue kreiseigene WoBau mit den Gemeinden aufgebaut werden könnte, die bisher keine WoBau haben.

Es wurde auch mit der Regierungspräsidium gesprochen, damit der WoBau nichts im Wege steht.

Zu den Finanzierungsvorschlägen gab es keine Rückmeldung. Leider konnten wir nicht intervenieren, denn der Punkt wurde unter „Mitteilungen“ abgehandelt.

Wir werden uns darum kümmern müssen, dass das Thema nach der Wahl nicht versandet oder halbherzig im Schneckentempo dahintreibt.

Haushaltsdebatte zu Haushalt 2016 und dem Investitionsprogramm 2016

In der Haushaltsdebatte waren sich alle anderen Parteien einig: Zum Sparkurs gibt es keine Alternative. Dennoch gab es Änderungsanträge, bezüglich einiger Baumaßnahmen an Schulen, für Radwege, mehr Geld für die Wirtschaftsförderung und Ausbau des Tourismus. Die Jugend- und Sozialhilfekommission hatte den Erhalt und die weitere finanzielle Förderung der Ehe-, Familien- und Erziehungsberatungsstelle des diakonischen Werks in Nidda beantragt.

Diese Mehrausgaben sollen aus dem Kommunalen Investitionsprogramm und den Haushaltsüberschüssen im Haushalt 2014/15 finanziert werden.

Wir haben uns in der Haushaltsrede auf zwei hauptsächliche Bereiche konzentriert: Armut und Wohnen. Weil diese Probleme meist überhaupt nicht vorkommen, hatten wir uns entschlossen, die Themen etwas grundsätzlicher vorzutragen.

Immerhin zeigt der kürzlich veröffentlichte Armuts- und Reichtumsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes deutlich, wie es um die soziale Gerechtigkeit bestellt ist:

- 10 Prozent der Haushalte in Deutschland über 51,9 Prozent des Nettovermögens. Also: mehr als die Hälfte des Vermögens gehört den reichsten 10 Prozent.
- 50 Prozent – also die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland – besitzt gerade mal 1 % des Vermögens. Also nichts. (1998 waren es noch 2,9 Prozent.)
- 13 Millionen leben an der Armutsgrenze oder in Armut. Sie haben 60% des Durchschnittseinkommens oder weniger zur Verfügung.
- 3 Millionen Menschen sind arm trotz Arbeit.
- Ebenfalls 3 Millionen haben zwei Jobs zum Überleben.
- 1,3 Millionen sind Aufstocker – d.h. ihr Lohn reicht nicht zur Grundsicherung.
- 2012 waren knapp 1 Million Leiharbeiter - 2003 waren es gerade mal 328 000.
- 2,5 Millionen Kinder leben in Armut.
- Die Altersarmut steigt: Derzeit bekommen Rentner durchschnittlich 25% weniger Rente als vor der Reform 2001 – die ja eine Teilprivatisierung war. Und Niedriglöhne oder Hartz4 führen direkt in die Altersarmut.
- Die Zahl der Obdachlosen stieg von 227 000 im Jahr 2008 auf eine halbe Million in 2015.

Wir kritisierten den Sozialbericht des Wetteraukreises, in dem Armut und Wohnungsnot nicht vorkommen und der nicht erfasst, welche sozialen Probleme derzeit drängend sind.

Spätestens nach dem Zuzug der Flüchtenden ist auch die Wohnungsnot für den einkommensschwachen Teil der Bevölkerung nicht mehr wegzudiskutieren. Laut PESTEL-Institut werden 2017 in der Wetterau 2800 Wohnungen fehlen. Insbesondere bezahlbare Mietwohnungen. Diese Erhebung wurde erstellt, ohne die Flüchtenden mit einzubeziehen. Der tatsächliche Bedarf liegt also noch höher.

Der Kreisausschuss hat 2013 – nach einem Antrag der Linken - eine Erhebung unter den Städten und Gemeinden durchgeführt.

Danach gab es 2013 noch 2566 Wohnungen in gemeinnütziger Form.

Das sind 800 weniger als 10 Jahre zuvor.

Beispiele:

Friedberg verkaufte ca. 300 Wohnungen,
in Bad Vilbel fallen jedes Jahr 50 geförderte Wohnungen weg,
in vielen Gemeinden werden Wohnungen verkauft.
Die Unterversorgung mit Wohnraum gilt nicht nur für den Westkreis, sondern
mindestens auch für Altenstadt und Büdingen. Das geht aus dieser Erhebung hervor.

Es gibt derzeit keine Anstrengungen der Kommunen, diese Misere auszugleichen.
Kommunaler Wohnungsbau findet so gut wie nicht statt.

Lediglich 59 kommunale Wohnungen wurden in den letzten 10 Jahren gebaut:
in Bad Nauheim 42, Karben 12 und in Wölfersheim 5.

Jetzt entstehen in Friedberg 18 Sozialwohnungen.

18! Ich erinnere: 300 Sozialwohnungen wurden verkauft!

Wenn Kommunen bauen, dann keine Sozialwohnungen. Es werden bei den
Bauprojekten eher Mieten zwischen 8,50 oder 9 Euro einkalkuliert.

Die GWH in Bad Vilbel schreibt an Hartz4-leistungsberechtigte Bewerber:

„Wir können Sie leider nicht mit dem von Ihnen gewünschten Wohnraum versorgen,
da wir ... nur an Personen mit ausreichendem Arbeitseinkommen vermieten.“

Es gibt keine Alternativen zum kommunalen und sozialen Wohnungsbau!

Privates Bauen schafft keinen bezahlbaren Wohnraum,
denn Privatfirmen wollen Geld verdienen.

Möglichst viel Geld.

Der Wohnungsmarkt – wie jeder andere Markt - soll eigentlich die Menschen mit
einem Gut versorgen – in diesem Fall mit Wohnraum.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt zeigt:

Der Wohnungsmarkt ist nicht kalkulierbar.

Der Markt regelt nichts im Sinne des Grundrechts „Wohnen“!

Im Gegenteil: Der Markt hat komplett versagt!

Wie irrational der Wohnungsmarkt und das Spekulieren mit Immobilien sind,
zeigte die Immobilienkrise 2008.

Deswegen: Der Markt muss geknackt werden!

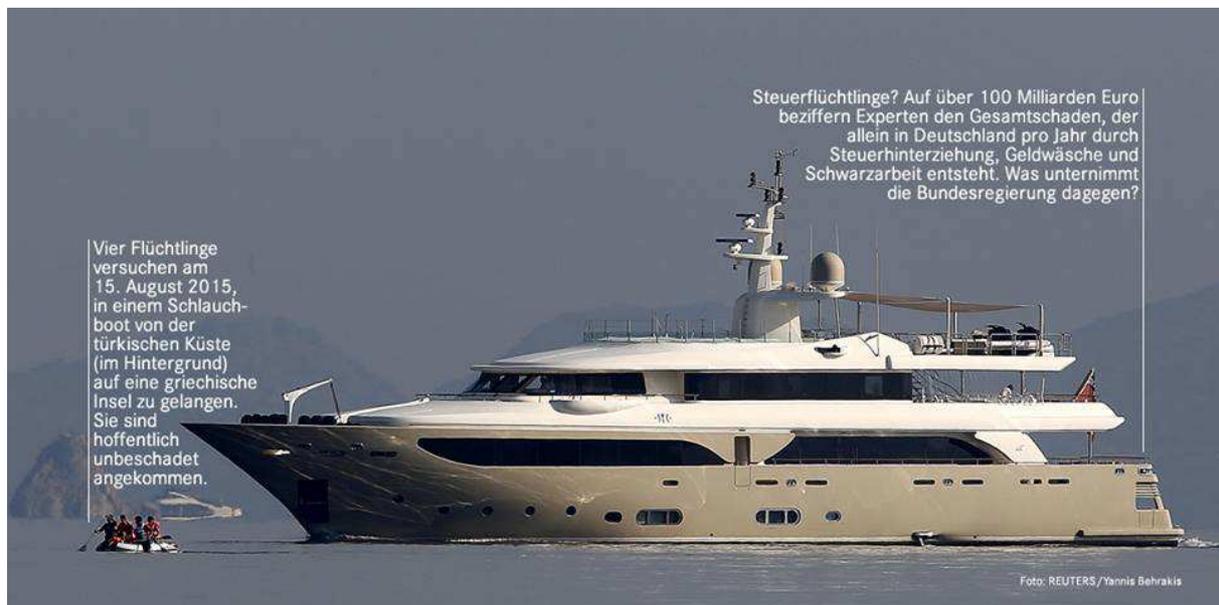
Nur bauen ohne „Investoren“ sichert bezahlbaren Wohnraum!

Diese ganze Wohnungsproblematik wird hier in diesem Kreistag ausgeklammert.

Und wo sie vorkommt – nämlich bei den Mietobergrenzen – betreibt der
Wetteraukreis eine restriktive Politik.

Die komplette Haushaltrede finden Sie / findet ihr auf der homepage der Linken:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/reden/624-rede-zur-haushaltsdebatte-qam-24-2-2016.html>



NPD und hoffentlich ein Ende nach der Wahl...

Im Kommunalwahlkampf wurde die NPD aktiv. Fünf Jahre haben sie nur dabeigesessen. Seit vier Monaten stellen sie Anträge. Begründen konnten sie diese Anträge bisher nicht sondern sie lasen das, was sowieso schon drin steht, am Rednerpult nochmal vor.

Dieses Mal waren es vier Anträge. Alle handelten von Asylantenflut, Scheinasylanten und Abschiebung.

Mit klarer Mehrheit der anderen Parteien wurden diese Anträge von der Tagesordnung genommen. Worauf Daniel Lachmann die NPD zur einzigen demokratischen Partei und alle anderen zu Faschisten erklärte und beschimpfte. Daraufhin schloss der Ältestenrat den Nazi aus.

Weitere Themen der Kreistagsfraktion

Anfragen

Anfragen der Fraktion, die jetzt zum Ende der Wahlperiode gestellt wurden, fielen wohl der Haushaltsdebatte zum Opfer. Auch unsere Anfrage zum Haushalt direkt wurde nur sehr unzureichend und sehr allgemein beantwortet.

Wir werden die ausstehenden Anfragen (Inklusion, Gesundheitszentrum Wetterau, Neubau Kreishaus) nach der Wahl neu stellen. Die Themen haben sich ja nicht erledigt.

Podien zur Kommunalwahl

Zwei Podiumsdiskussionen haben wir bestritten: eins zur sozialen Gerechtigkeit und eines zur Bildungspolitik. Das sind wenige Diskussionen. (Zum Vergleich: in der letzten Kommunalwahl bestritt DIE LINKE 18 Podien.)



Das Podium des Wetterauer Bündnisses für soziale Gerechtigkeit fand am 2. März in Bad Nauheim statt. „Ist soziale Gerechtigkeit eine freiwillige Leistung?“ hieß das Thema. Ein vorwiegend fachkundiges Publikum war gekommen, um die Parteien anzuhören. Entsprechend zielgerichtet wurde nach Armut und Wohnungsnot gefragt und was die Kreispolitiker in Zukunft zur Lösung der Probleme tun wollten. Die Antworten waren ernüchternd: FWG und CDU leben wohl in einem anderen Land, in dem es keine sozialen Probleme gibt. Der Landrat lobte seinen Konsolidierungskurs und sah keine Verschlechterungen im Sozialetat und auch keine Qualitätseinbußen. Grüne und FDP sahen zwar einige Probleme aber keine Chance mehr zu tun, als derzeit getan wird. Die brennendsten Probleme wurden von der Linken und vom Publikum eingebracht.



Zur Podiumsdiskussion des Kreiseltererbeirats schickten SPD, FDP, FW und CDU keine Fachleute zum Thema Schulpolitik. Entsprechend abenteuerlich geriet die Selbstdarstellung dieser Parteien. Sie machen alles ganz toll! Eigentlich peinlich und nur dann wirksam, wenn

das Publikum die reale Politik nicht kennt. Doch auch hier fand sich ein überwiegend fachkundiges Publikum zur Diskussion ein.

Der grüne Schuldezernent stellte insbesondere die Inklusion im Wetteraukreis positiv dar. DIE LINKE hat Kritik an der „Modellregion inklusive Bildung“:

Für die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention reicht es keinesfalls, dass man Modellregionen für schulische Inklusion ausweist. Zumal es bereits einen Modellversuch in Offenbach gab. Aber den hat man noch nicht einmal evaluiert.

Für die Umsetzung von Inklusion müsste das Kultusministerium ein flächendeckendes verbindliches Konzept auflegen und nicht Verträge mit einigen Kreisen schließen und mit anderen nicht.

Im Vertrag zur Modellregion mit dem Wetteraukreis fehlen inhaltliche Zielstellungen gänzlich und die Vertragsbindung hängt von den finanziellen Rahmenbedingungen ab. Eigentlich sollte ja Inklusion nicht hinter die bisherigen Standards des „Gemeinsamen Unterrichts“ zurückfallen.

Also Klassengröße 20 Schüler/innen davon 4 SS mit Förderbedarf. Diese Klassen waren zuletzt immerhin noch mit 18 Stunden doppelt besetzt.

Davon ist die Modellregion meilenweit entfernt.

Zudem sind die inklusiven Maßnahmen auf den Bereich „Lernen“ konzentriert und dort nur auf den Übergang von der KiTa an die Schule und auf den Übergang von Grundschule zur Sekundarstufe I.

Dann gibt es noch Korridorklassen, für verhaltensauffällige SS, die wesentlich weniger Förderung leisten können, als die vorherigen Kleinklassen für Erziehungshilfe.

Auch fehlt als wichtiger Punkt der Ausbau berufsorientierter Bildung und der Übergang in die Arbeitswelt.

Die Laufzeit des Vertrags ist auf 5 Jahre beschränkt. Wie es weitergeht, ist nach der Hälfte der Laufzeit noch nicht geklärt und selbst der Schulrat beklagt, dass diese Unklarheit die Arbeit und die Motivation behindern.

Die Modellregion steht und fällt mit dem großen Engagement der beteiligten Lehrkräfte, die oft genug aufgerieben werden.

Hier von einem „Erfolgsmodell“ zu sprechen, kann man nicht nachvollziehen.

Inklusion kann so nicht gelingen. Wir halten die Umsetzung der „Inklusion“ in Hessen für ein großangelegtes Sparprogramm.

Erfolgreich: Petition kostenfreies Schülerticket für ALLE

In der letzten Post berichteten wir von der Petition des hessischen Landeselternbeirats: „Kostenfreies Schülerticket für ganz Hessen“.

Inzwischen sind mehr als 10 000 Unterschriften zusammengekommen und die Petition soll am 1. März überreicht werden. Das freut uns sehr und wir fordern alle Leserinnen und Leser, die noch nicht unterschrieben haben auf, das jetzt schnellstens noch zu tun.

Wir bitten alle Leserinnen und Leser, die die Petition des Elternbeirats noch nicht unterschrieben haben, das nun baldigst zu tun.

Wir sollten Druck machen, dass ein Schülerticket für ALLE Schüler/innen Gültigkeit haben wird und kostenfrei ist.

Ihr findet / Sie finden die Resolution hier:

<https://www.openpetition.de/petition/online/kostenfreies-schuelerticket-fuer-ganz-hessen>

Wenn es Möglichkeiten gibt, sie bei facebook oder anderen Netzseiten zu verbreiten, möchten wir dazu auffordern!

Am 1. März 2016 um 14 Uhr wird die Petition dem Hessischen Petitionsausschuß übergeben. Wiesbaden, Schloßplatz 1.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auch auf der homepage DIE LINKE Wetterau ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Rudi Kreich und Gabi Faulhaber